

Coronajahr: Firmen liessen sich öfter rechtlich beraten

Coronakrise Bereits zum zweiten Mal hintereinander – wie im letzten Jahr wegen des Coronavirus – fand die Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) online statt. Abgestimmt wurde deshalb elektronisch.

Wie die AIHK mitteilt, habe sie im ersten Pandemiejahr, also 2020, vor allem in der Rechtsberatung sehr viel zu tun gehabt. So hat sie knapp 5300 Beratungen vorgenommen. Gegenüber 2019 ist dies eine Zunahme von rund 40 Prozent. **Direktor Beat Bechtold** sagt, dass die Rechtsberatung im Normalfall täglich zwischen 8 und 20 Anfragen erhalte. Ab Mitte März 2020 seien es so viele pro Stunde gewesen. Der März stellte sogleich auch den Spitzenmonat dar, in der die AIHK mehr als 1050 Beratungen durchgeführt hat.

Ausgleichskasse zahlte 1,6 Millionen Franken aus

Im Pandemiejahr habe die Ausgleichskasse der Handelskammer 1200 Coronaerwerbsersatzentschädigungen abgewickelt und rund 1,6 Millionen

Franken an Mitgliedfirmen ausbezahlt, teilt sie weiter mit. Die AIHK freut sich, dass sich während der Krisenzeit vor allem auch die guten Beziehungen gezeigt hätten. Man hätte ein hervorragendes Netzwerk zu wichtigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, sagt **Präsidentin Marianne Wildi**. Wildi sagt weiter, dass sich die AIHK weiterhin für die Interessen der Wirtschaft einsetzen werde.

Rückläufig war hingegen der Export, so wurden letztes Jahr 30 Prozent weniger Zolldokumente – sogenannte Carnets ATA – ausgestellt. Zudem gibt es – wie die AIHK bereits vor zwei Monaten mitteilte – in der Coronakrise viele Verlierer im Aargau: Dort sticht der Detailhandel hervor. Hingegen scheinen die klassischen Bürobranchen, also Finanz- und Versicherungsbranche, sowie die Unternehmensdienstleister glimpflich davongekommen zu sein. Marianne Wildi hält fest, dass es erfreulich sei, dass man gerade in der Krise unter vielen Akteuren eine grosse Solidarität habe spüren können. (az)